

## Wohnraum für Vögel

Zu: „Ärger über Baumfällungen“, FR-Regional vom 13. Februar

Ich wohne hier in Sachsenhausen und freute mich, dass mein Mann und ich im Alter noch eine schöne Wohnung im grünen Bereich von Frankfurt mieten konnten. Zumal ich an COPD erkrankt bin (nicht durch Rauchen) und auf frische, gesunde Luft angewiesen bin. Nun wird hier mit Genehmigung der Stadt Frankfurt und Grünflächenamt der Wohnbereich mit Bau von Häusern verdichtet. Ich muss mit ansehen, dass seit Jahren Bäume gefällt und geschreddert werden, die ich von Kindheit an kenne. Unter anderem ist ein 65 Jahre alter Eisenholzbaum in Gefahr. Es wird so viel über Umwelt geschrieben und geredet, kann da nicht im Kleinen angefangen werden? Wohnraum für Vögel: Meisen, Eichelhäher, Elstern, Spatzen und Amseln sowie Eichhörnchen geht verloren. Vonovia und Grünamt ist es anscheinend egal, dort wird der Naturschutz ausgeklammert.  
Sigrid Lotz, Frankfurt

## Wo die Saurier sind

Wiesbaden: „Keine weitere Rheinbrücke“, FR-Regional vom 7.2.

Manchmal tun sich verblüffende Zusammenhänge auf. Ein Wiesbadener CDU-Stadtrat jammert über den Verzicht der Mainzer Politiker auf eine zusätzliche Rheinbrücke und den sechsspurigen Autobahnausbau. Offenbar ist an diesem Herrn alles, was in zum Thema Klima mittlerweile jedem noch im schulischen Lernen steckenden Jungspund einleuchtet, spurlos vorübergegangen. Er handelt, wie es seine Partei seit Jahrzehnten tut: das Land zubetonieren und dem Klima-Killer Autoverkehr den roten Teppich ausrollen. Ein unbelehrbarer CO<sub>2</sub>-Emittent und „Betonkopf“ also, der aber z.B. von den Klimaschäden bei der Produktion des Betons entweder keine Ahnung hat (man kann sein Wissen darüber z.B. in der FR vom 1.10.2017 auffrischen) oder sie einfach ignoriert.

Neun Seiten später erfährt man dann, dass – wiederum in Wiesbaden – die geplante City-Bahn von FDP und AfD abgelehnt wird. Mit dieser Troika CDU, FDP und AfD war doch was? Richtig, in Thüringen hat sie gerade in harmonischem Zusammenwirken bewiesen, dass CDU und FDP nicht wählen darf, wer die AfD ablehnt, die ihre Ressentiments und Menschenfeindlichkeit auf Naturwissenschaftler ausgedehnt hat, mindestens beim Thema Klima. Politiker, die man aufgrund ihrer vorsintflutlichen Einstellungen eigentlich als Fossilien bezeichnen müsste, gehören im 21. Jahrhundert nicht mehr in die Parlamente, sondern als Ausstellungsstücke ins Senckenberg-Museum, Abteilung Paläontologie, wo die Dinosaurier sind.  
Rolf Oesterlein, Nieder-Olm



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Thomas Kaspar** diskutiert über die Frage „Medien 4.0: Ist der Qualitätsjournalismus noch zu retten?“ mit Claudia Pörings, ZDF Börsenstudio, Tim Habicht, Investment-Plattform Fundview, und Pia Kater vom Fondsanbieter Lupus aplha.  
**Mittwoch, 26. Februar 2020, 19 Uhr**  
**Frankfurter Presseclub,**  
**Umlmenstraße 20, Frankfurt**

**Bascha Mika** moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.  
**Dienstag, 3. März, 18.30 Uhr**  
**Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Podiumsdiskussion „Platzen Frankfurt schon die Nähte?“ Grenzen und Potenziale für Nachverdichtung. Mit Holger Hosang (Germany Allianz Real Estate), Frank Alexander, (Hermann Immobilien), Konstantin Kortmann, (Residential Investment, JLL) und Martin Hunscher (Stadtplanungsamt).  
**Dienstag, 3. März, 9.30 Uhr,**  
**Bürgerdialog im Stadtplanungsamt,**  
**Kurt-Schumacher-Straße 10, Frankfurt,**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Präsentation des Wissenschafterromans „Vom Ende der Langsamkeit“ von Ortrud Toker, Gespräch mit der Autorin und Lesung, Einlass ab 19 Uhr.  
**Dienstag, 3. März, 20 Uhr**  
**Kulturzentrum Die Fabrik,**  
**Hasenpfad 5, Frankfurt**

## Ausreichend Parkraum einplanen!

Neubau von Oper und Schauspielhaus: „Das Bühnengebäude ist am Ende“, FR-Regional vom 13. Februar

Herr Guntersdorf glaubt nicht, dass das Publikum in Abendkleidung bei Wind und Wetter diese Straßenbahn nutzt, da diese doch in einiger Entfernung zum Theater liege. Es geht um vielleicht 300 Meter. Wenn dieses Argument gegen das Raab-Karcher-Gelände richtig sein sollte, gilt dies auch für den Weg von der eigenen Wohnung zur U-Bahn Station. Das muss man mitdenken. Es kämen dann nur wenig Leute per U-Bahn zur Oper. Das Argument, der Theaterplatz habe eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, verliert damit an Bedeutung.

Tatsächlich glaube ich, dass die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs für Opern- und Schauspielbesucher überschätzt wird. Viele (so auch wir) wollen nach dem Opernerlebnis ihre Eindrücke nicht in der Öffentlichkeit austauschen, sondern lieber im geschützten Raum des Autos, und wollen auch nicht nach Ende der Vorstellung um 22.30 Uhr auf U-Bahnen warten

und dann auch noch irgendwo umsteigen und erneut warten müssen.

Oper, Schauspiel und die Stadt Frankfurt werden sich fragen müssen, welche Besuchergruppen sie gewinnen wollen und was diese Gruppen erwarten. Wir wohnen innerstädtisch und könnten mit einem Fußmarsch von zehn Minuten mit der U-Bahn zur Oper kommen, fahren aber mit dem Auto. So geht es vermutlich vielen Besuchern, denn die Tiefgarage an der Oper ist schon eine Stunde vor Aufführungsbeginn voll (über 300 PKWs). Wenn die Oper/Schauspiel und die Stadt Frankfurt das Ziel verfolgen, nicht nur innerstädtische Opern/Schauspielfreunde zu gewinnen, sondern auch solche aus Darmstadt, Offenbach, Hanau, Bad Homburg etc., dann verliert der Hinweis auf die Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs weiter an Bedeutung. Aus dieser näheren Umgebung, die für Arbeitnehmer kein Problem ist, sollten sich

auch Opern- und Schauspiel-freunde gewinnen lassen. Das erfordert genügend Parkraum und eine günstige Verkehrslage.

Akzeptiert man, dass der wirtschaftliche Erfolg von Oper und Schauspiel auch von Parkraum, den die Besucher sich wünschen, abhängig ist, dann fragt es sich, ob man diesen Verkehr zur Hauptverkehrszeit zwischen 18 und 19 Uhr in die Innenstadt holen soll. Eine Entlastung der Innenstadt von weiterem Autoverkehr sieht jedenfalls anders aus als eine Planung der Bühnen in der eh schon überlasteten Innenstadt.

Will man gar die Bühnen für ganz Deutschland interessant machen, dann tut es der Theaterplatz sicher nicht, denn dort ist nur der Frankfurter Hof, der das Budget vieler Wochenendbesucher übersteigen dürfte (und jetzt noch das Hotel One). Das sieht im Frankfurter Osten ganz anders aus! Ekkehard Moeser, Frankfurt

**Diskussion:** [frblog.de/oper](http://frblog.de/oper)

## Die AWO in der Glaubwürdigkeitskrise

Zu: „Lebenswichtiger Neuanfang“, FR-Regional vom 17. Februar

Frau Rossbrey wurde mit 85 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Vorsitzenden des AWO-Kreisverbandes Frankfurt gewählt. Ein respektables Ergebnis, zu dem man durchaus gratulieren kann, welches aber durch zwei Umstände überhaupt erst möglich gemacht wurde. Erstens durch den kurzfristigen Eintritt von Frau Rossbrey in die AWO, sonst hätte sie gar nicht kandidieren können. Es handelt sich bei dieser Personalentscheidung meines Erachtens also um eine politische, frei von Weisungen und unmittelbaren Erwartungen wird Frau Rossbrey wohl kaum agieren können. Zweitens dürften die meisten Delegierten mit dieser Wahl die Hoffnung verknüpft haben, dass jetzt endlich Ruhe an der Pressefront einkehrt.

Noch sind viel zu viele Fragen unbeantwortet: Welche möglichen direkten und indirekten Vorteile – auch materieller Art – haben hochrangige SPD-Funktionäre von der langjährigen Allianz zwischen AWO und SPD gehabt? Welche Rolle spielten die chaotischen, desinteressierten und desorganisierten Strukturen der Frankfurter Stabsstelle für Flüchtlinge unter der Leitung der Sozialdezernentin Birkenfeld? Dies sind Fragen, die für eine vollumfängliche Aufklärung des AWO-Skandals unumgänglich sind, dessen Beantwortung aber, vermute ich, nicht so sehr im Interesse der Frankfurter SPD-Führung liegt.

Daneben hat die AWO Frankfurt eine zweite Glaubwürdigkeitskrise, deren Dynamik für mich als Mitglied nicht unter-

schätzt werden darf. Es gibt völlig gegensätzliche Darstellungen der Arbeitskämpfe bei der Fraport-Tochter GCS im Jahr 2015, dessen Geschäftsführerin Petra Rossbrey seinerzeit war. Die Gewerkschaft IG BAU spricht von Streiks und von massiven Datenschutzverstößen, die vom Landesdatenschutzbeauftragten mit Bußgeldern belegt wurden. Wenn Frau Rossbrey die Unwahrheit sagt, kann sie sicher nicht glaubwürdig die Werte des freiheitlich-demokratischen Sozialismus, wie sie sich aus dem Leitbild der AWO ergeben, vertreten. Thomas Murawski, Frankfurt

## Verwaltungen haben ein Gesetz missachtet

Neue Parkregelung: „Betriebe fürchten um Existenz“, FR-Regional vom 13. Februar

Die heutige „Parkplatznot“ ist die Folge davon, dass die Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen schlicht und einfach ein Gesetz nicht beachtet haben. Wohl weil sie den Widerstand der Autobesitzer, das heißt ihrer Wähler fürchteten. Nun müssen die Folgen schmerzhaft ausgebadet werden.

Das Gesetz vom 17. Februar 1938 (Reichsgaragenordnung) besagt in der Präambel: „Die Zunahme der Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr erfordert, dass die öffentlichen Verkehrsflächen für den fließenden Verkehr freigemacht und möglichst wenig durch ruhende Kraftfahrzeuge belastet werden. Zu diesem Zweck müssen die Kraftfahrzeu-

ge dort, wo sie regelmäßig länger stehen, außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen ordnungsgemäß eingestellt werden.“

Und im § 2 Schaffung von Einstellplatz: „Wer Wohnstätten, Betriebs- und Arbeitsstätten oder ähnliche bauliche Anlagen errichtet oder Um- und Erweiterungsbauten ausführt, die den Wert solcher baulicher Anlagen erheblich steigern, hat für die vorhandenen und zu erwartenden Kraftfahrzeuge der Bewohner, des Betriebes und der Gefolgschaft Einstellplatz in geeigneter Größe, Lage und Beschaffenheit samt den notwendigen Zubehöranlagen auf dem Baugrundstück oder in der Nähe zu schaffen.“ Es war also nie selbstverständlich, dass man sei-

nen privaten Pkw kostenlos auf öffentlichen Flächen abstellen durfte. Das Gesetz wurde vom Führer als Vorbereitung der Motorisierung der Gefolgschaft durch den „Volkswagen“ erlassen, zur Förderung der Motorisierung, eine Politik, die spätere Politiker und Organisationen („Freie Fahrt für freie Bürger“) gefördert haben, aber ohne die unbequemen Konsequenzen einzubeziehen. Zurzeit werden die auf der RGAO fußenden Einstell- oder Garagenordnungen durch die Länder aufgehoben. Den Ärger ist die Politik los, aber die Probleme bleiben und werden auf die Bürger oder Kommunen abgewälzt, wie in anderen Fällen auch.  
Konrad Mohrmann, Frankfurt